



# MEDIENINFORMATION

## Kanton richtet eine Infoline zum Ukraine-Konflikt ein

***Rund um den Konflikt in der Ukraine treten auch in der Nidwaldner Bevölkerung vermehrt Fragen zu Hilfestellung oder vorsorglichen Massnahmen auf. Der Kanton hat deshalb einen Sonderstab gebildet, der sich mit diesen Fragen auseinandersetzt. Als erstes ist eine Ukraine-Infoline in Betrieb genommen worden. Auch eine neue Webseite gibt zusätzlich Auskunft.***

Der Krieg in der Ukraine hat Auswirkungen auf ganz Europa. Der Nidwaldner Regierungsrat zeigt sich besorgt über die Lage im Konfliktgebiet. Er verurteilt die gewaltsamen Angriffe und die Verletzung der Völkerrechte aufs Schärfste. Um für Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Krise im eigenen Kanton gewappnet zu sein, ist unter der Federführung von Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser-Frutschi sowie Gesundheits- und Sozialdirektorin Michèle Blöchliger ein Sonderstab gebildet worden. Dieser ist der kantonalen Notorganisation angegliedert. So bereitet sich der Kanton unter anderem auf die mögliche Ankunft von schutzsuchenden Personen aus der Ukraine vor.

In der Bevölkerung ist eine starke Solidarität mit den Betroffenen im Konfliktgebiet spürbar. Viele haben über Aktionen von Hilfsorganisationen oder Privaten dringend benötigte Hilfsgüter gespendet oder machen Angebote für die Unterbringung von geflüchteten Personen. «Diese Welle der Solidarität berührt uns sehr und ist ein starkes Zeichen, dass der Zusammenhalt der Gemeinschaft auch über Tausende von Kilometern funktioniert», hält Frau Landammann Karin Kayser-Frutschi fest. Da der Bund die humanitäre Hilfe der Schweiz organisiert und entsprechende Transporte in die Krisengebiete durchführt, sieht der Kanton derzeit von eigenen Hilfsaktionen ab. Er kann auch keine Annahmestelle für gespendete Hilfsgüter bieten. Private wenden sich an caritative Organisationen, materielle Hilfsangebote von Spitälern, der Industrie und weiteren Institutionen sind an die E-Mail-Adresse der Nationalen Alarmzentrale, [ch-neoc-n@naz.ch](mailto:ch-neoc-n@naz.ch), zu richten. In Bezug auf die mögliche Unterbringung und Betreuung von ukrainischen Schutzbedürftigen steht die Regierung in Kontakt mit den Bundesstellen, welche für die Koordination zuständig sind. «Der Kanton ist bereit, seinen Beitrag zur Linderung der humanitären Not zu leisten», sagt Regierungsrätin Michèle Blöchliger.

Rund um den Konflikt in der Ukraine treten auch immer mehr Fragen zu möglichen Hilfestellungen auf. Darüber hinaus mehren sich beim Kanton und den Gemeinden Anfragen zu Themen wie Zivilschutzräume, Notfalltreffpunkte oder Jodtabletten. Der Kanton Nidwalden hat deshalb für die eigene Bevölkerung eine Infoline in Betrieb genommen. Sie ist von Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr unter der Telefonnummer +41 41 618 75 15 sowie E-Mail [ukraine@nw.ch](mailto:ukraine@nw.ch) erreichbar. Die Infoline ist bei Bedarf ausbaubar. Zusätzliche Auskunft gibt auch die Webseite [www.nw.ch/ukraine-hilfe](http://www.nw.ch/ukraine-hilfe). Die Webseite wird laufend mit den wichtigsten Informationen aus verschiedenen Bereichen ergänzt und enthält zudem ein Formular, über welches die Bevölkerung auch ausserhalb der Infoline-Betriebszeiten vorsorgliche Angebote für Privatunterbringungen von Schutzsuchenden mitteilen kann.

Karin Kayser-Frutschi betont, dass es aktuell für die Bevölkerung in der Schweiz keinen Grund zur Beunruhigung gibt. «Es sind keine speziellen Vorkehrungen nötig. Der Bund beobachtet die Situation in der Ukraine aber laufend und informiert bei Veränderungen der Gefährdungslage», erklärt die Justiz- und Sicherheitsdirektorin.

### **RÜCKFRAGEN**

Karin Kayser-Frutschi, Landammann / Justiz- und Sicherheitsdirektorin, Telefon +41 41 618 45 83, erreichbar am Freitag, 4. März, von 9.00 bis 10.00 Uhr.

Stans, 3. März 2022